

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr 119 471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI, Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

März 1932

6. Jahrgang, Nr. 97

Neue Angriffe auf die Arbeiter

Hinter den Kulissen werden geheime Verhandlungen gepflogen zur Herstellung der «wirtschaftlichen Entente der Donaustaaten», das heißt der Donauföderation unter tschechischer, also unter französischer Führung. Frankreich drückt mit aller Macht nach dieser Richtung. Hand in Hand mit dem französischen Imperialismus arbeiten die schwarz-gelben Faschisten mit den Christlichsozialen an der Spitze. Sie wollen die Donauföderation zur Wiederherstellung der Habsburger-Monarchie.

Gleichzeitig wird geheim verhandelt mit den ausländischen Gläubigern der Credit-Anstalt. Oesterreich soll ihren ausländischen Gläubigern 600 Millionen Schilling bezahlen in Form langfristiger Obligationen. Rothschild hat das Geld der Credit-Anstalt verpulvert, sein Vermögen wurde ihm gelassen, zahlen sollen die Zinsen und die Tilgungsraten die Steuerträger, das heißt die Massen.

Auch darüber, wie das sich immer wieder öffnende Loch im Staatshaushalt zu stopfen, wird geheim verhandelt. Alle möglichen Pläne werden erwogen. 200 bis 300 Millionen Schilling sollen «erspart» werden durch Streichung von Staatsausgaben, durch Kürzung der Gehälter der Bundesangestellten und der Pensionen, vor allem durch Drosselung der Arbeitslosen-

versicherung. Es soll dazu eine selbständige Anstalt errichtet werden, die keine Zuschüsse vom Staat bekommt. Reichen ihre Einnahmen nicht aus, müssen die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung gekürzt werden. Auf diese Weise sollen Zehntausende ausgesteuert und die Arbeitslosenversicherung schließlich liquidiert werden.

Der Angriff auf die Löhne der Arbeiter wird gefördert durch eine Novelle zur Gewerbeordnung. Die gesteigerte Ausbeutung der Lehrlinge soll ermöglichen, die Ausbeutung der Arbeiter noch weiter vorzutreiben.

Die «kollektive Entwertung», das ist die Entwertung der Arbeiter, wird mit Nachdruck betrieben. In Tirol wurde zu diesem Zweck die Heimwehr verwandelt in eine aus Landesmitteln erhaltene Notpolizei.

Die Wirtschaftskrise steigert naturgemäß die Zahl der Verbrechen. Die Bourgeoisie benützt das zu einer Kampagne für die Wiedereinführung der Todesstrafe als «Kampfmittel» — gegen die Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie leistet jene Anstrengungen der Bourgeoisie, den Kapitalismus zu sanieren, nicht nur keinen Widerstand, sondern bewußten Vorschub. Sie kämpft lediglich dagegen, daß die wirtschaftliche Restauration des Kapitalismus zum Faschismus, letzten Endes zur Restauration der Monarchie führe. Sie kämpft für eine 40-Stunden-Woche «von Branche zu Branche», womit sie bemängeln will, daß sie für eine allgemeine 15prozentige Lohnsenkung zu haben ist. Sie kämpft für die Uebernahme eines Teiles des Aufwandes der Arbeitslosenversicherung auf die «Allgemeinheit», das heißt in der Hauptsache auf Kosten des noch beschäftigten Teiles der Arbeiter und Angestellten. Sie kämpft für einen «Inlandsschilling», das heißt, für eine verkappte Entwertung der Geldlöhne aller Arbeiter.

Unter der Losung der «Verwaltungsreform» verbündet sich die Sozialdemokratie mit der Provinzbourgeoisie in der Länderkonferenz auf der Linie des Föderalismus. Sie bildet sich ein, durch solche Manöver den Vormarsch des Faschismus zu verhindern. Aber der Faschismus kann aufgehalten, kann besiegt werden nur durch den Massenkampf, der vor allem außerparlamentarisch geführt werden muß.

Um die Arbeiter hinter sich zu halten, stellt die Sozialdemokratie den Wahlkampf um die Wiener Gemeinde hin als «Kampf zwischen Kapital und Arbeit». Mit demselben Kapital, mit dem sie angeblich «kämpft», in die Koalitionsregierung zu kommen, ist jedoch das höchste Ziel dieses «Kampfes zwischen Kapital und Arbeit» . . .

Die Kommunistische Partei bemüht sich ehrlich, die Sache der Ar-

beiter vorwärts zu führen. Sie hat alle Kräfte aufs äußerste angespannt für die Aktion gegen die kapitalistische Sanierung, gegen den faschistischen Kurs, gegen die Entwertung der Arbeiter, gegen den imperialistischen Krieg. Sie strengt alle Kräfte an, um den neuen Anschlag gegen die Arbeitslosen abzuwehren. Sie setzt alles daran, um endlich im «roten» Rathaus, wo das sozialdemokratische Kleinbürgertum und das christlichsoziale Großbürgertum den Kampf auf dem Rücken der Arbeiter austragen, die proletarische Klassenfront erstehen zu lassen.

Es mangelt der Kommunistischen Partei Oesterreichs nicht an gutem, ehrlichem Willen und nicht an Fleiß, Mühe, Anstrengung, Opferwillen, Tatkraft. Was ihr fehlt, ist die richtige politische Linie. Sie folgt derselben stalinistischen Irrlehre, die jetzt in Deutschland der Sozialdemokratie den Hindenburg-Verrat ermöglicht und so die Arbeiterschaft und die Kommunistische Partei zur schweren Niederlage geführt.

Immer entscheidender stellen die Tatsachen die Arbeiterschaft vor die Wahl:

Entweder weiter der Sozialdemokratie folgen — dann werden die Arbeiter auf der schiefen Ebene von 1914—1918—1932 immer tiefer und tiefer sinken.

Oder die Arbeiterschaft will ernstlich eine Wende ihres Schicksals herbeiführen — dann muß sie endlich den einzigen Weg betreten, der die Wende herbeiführt: dann muß sie helfen, die Kommunistische Partei zu gesunden! Dann muß sie der Kommunistischen Partei helfen, von der ~~grundlegenden stalinistischen Einheitsfront~~ überzugehen zu der Taktik der Arbeiter-einheitsfront, zu der Taktik der Einheitsfront Lenins! Dann muß sie der Kommunistischen Partei helfen, die stalinischen Irrlehren zu überwinden und wieder den Weg zu betreten von Marx-Lenin! In diesem Sinne müssen die Arbeiter die Kommunistische Partei unterstützen in der Gemeindevahl, im Kampf für die Arbeitslosen, in der Aktion gegen die kapitalistische Sanierung.

Der Kampf in Deutschland

Ueber den ganzen Erdball rast die kapitalistische Krise. Doch das Zentrum des Wirbelsturms ist Deutschland. Hier wirkt es sich am verheerendsten aus. Immer wichtiger sausen die Schläge auf die Masse. Ueber 7 Millionen Arbeitslose! Lohnabbau auf Lohnabbau, immer tiefer sinkt die Lebenshaltung der deutschen Masse, immer größer wird ihre Ausbeutung. Die Mittelschichten in Dorf und Stadt sind in ihrer wirtschaftlichen Existenzlage aufs tiefste erschüttert. Die Krise wühlt die Massen in Deutschland politisch noch tiefer auf als 1923. Und dennoch: die deutsche Bourgeoisie in ihrer Gesamtposition wird politisch stärker, die Konterrevolution marschiert, der Faschismus marschiert.

31 Millionen Stimmen hat die deutsche Bourgeoisie, hat die deutsche Konterrevolution hinter sich vereinigt — das deutsche Proletariat nur 5 Millionen.

18½ Millionen folgten der «linken» Konterrevolution unter Hindenburg — darunter 10 Millionen sozialdemokratischer Stimmen.

11½ Millionen Stimmen folgten der «rechten» Konterrevolution unter Hitler, dem Faschismus. 5 Millionen neuer Stimmen hat der Faschismus gewonnen. Der Versuch, sich der Reichspräsidentenschaft legal zu bemächtigen, um von da aus den faschistischen Staatsstreich zu verwirklichen, ist nicht gelungen. Gestärkt durch die Wahlen zieht nun der Faschismus dem Tore der Regierung entgegen, das ihm Brüning-Hindenburg schon

längst offen halten. Von da aus will und wird er den Staatsstreich wagen.

Der sozialdemokratische Verrat.

Wem dankt die Bourgeoisie diese Entwicklung? Der Sozialdemokratie.

Wem dankt der Faschismus seinen Aufstieg? Der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ließ 1918/19 der Bourgeoisie die Macht. Statt an die Spitze der proletarischen Revolution stellte sie sich gegen die proletarische Revolution. Statt den Sozialismus aufzubauen, stellte sie zur Aufgabe, den durch den Krieg zerrütteten Kapitalismus wieder aufzubauen. So wird sich, versprach sie, die Massenlage bessern. Doch der Wiederaufbau des Kapitalismus konnte nur vollzogen werden und wurde vollzogen auf Kosten der Masse. Der Kapitalismus wurde — dank der Sozialdemokratie — wieder aufgebaut. Die Massen wurden — dank der Sozialdemokratie immer tiefer gedrückt. Der sozialdemokratische Verrat von 1918/19 ließ den Faschismus erstehen. Der sozialdemokratische Verrat die ganzen Jahre hindurch fortgesetzt, ließ den Faschismus immer höher und höher wachsen. Als der deutsche Imperialismus 1914 rief: «Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche!» da schlug die Sozialdemokratie begeistert in die blutige Hand Wilhelms und führte die Millionennmassen auf die Schlachtbank des imperialistischen Krieges. Im «Geiste von 1914» hat sich die Sozialdemokratie von heute mit Wilhelms Generalfeldmarschall wiedergefunden, mit Hindenburg. Vom Verrat von

Kreugers Bankrott

Iwar Kreuger, einer der größten Kapitalisten der Welt, ist zusammengebrochen. Infolge der Krise blieben seine Schuldner, insbesondere viele Staaten, die Anleihen von ihm hatten, mit Zinsen- und Tilgungszahlungen im Rückstand. Und so brach schließlich das riesige Kreditgebäude, das er aufgebaut hatte, zusammen. Ein Zeichen, wie stark die Krise das ganze kapitalistische Gebäude erschüttert. Doch den Zusammenbruch Kreugers als Götterdämmerung des Kapitalismus darstellen, wie es die «Arbeiter-Zeitung» tut, ist Unsinn. Indem Kreuger zusammenbricht, wird im Gegenteil der Spielraum für jene Riesenkapitalisten, die ihn niedrigerungen, etwas vergrößert.

Verfolgung der „Arbeiter-Stimme“

Das Landesgericht für Strafsachen Wien I hat gegen die «Arbeiter-Stimme» die strafgerichtliche Verfolgung eingeleitet wegen des Artikels «Seipels Krankheit» und wegen des Artikels «Schwindelrezepte zur Täuschung der Arbeiter und die einzig wirkliche Lösung der Krise» in Nr. 96, und zwar wegen § 305 StG (Vergehen bezogen durch Herabwürdigung der Einrichtung des Eigentums und Gutheißung von ungesetzlichen Handlungen). Der Herr Staatsanwalt wird Gelegenheit bekommen, seine Anklage vor dem Geschworenengericht zu vertreten.

1914 über den Verrat von 1918/19 bis zum Verrat von 1932, es ist eine ununterbrochene Kette des sozialdemokratischen Verrates an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse. Und dennoch folgten die großen Massen der deutschen Arbeiter auch dem sozialdemokratischen Hindenburg-Verrat.

Die Schuld des Stalinismus

Die Kommunistische Partei Deutschlands stand vor einer außerordentlich günstigen Lage. Sie hatte die Möglichkeit, die mit der Bourgeoisie durch und durch verfilzte Sozialdemokratie zur proletarischen Einheitsfront zu zwingen, für die Präsidentenwahl, für den Kampf gegen den Faschismus. Sie hatte so die Möglichkeit, die Massen durch die Erfahrungen des Kampfes der proletarischen Einheitsfront zu gewinnen für den revolutionären Kampf, für die Kommunistische Partei. Doch statt den Lehren Lenins, folgten sie den Irrlehren Stalins. So kam, was kommen mußte:

Die Sozialdemokratie konnte den Hindenburg-Verrat vollziehen, restlos die ganze sozialdemokratische Arbeitermasse in die Front der «linken» Konterrevolution führen und — diesen Verrat als durch die KPD-Politik «unvermeidliche» Taktik vor den Arbeitern hinstellen. Dank des Stalinismus ist ihr dies restlos gelungen. Dank des Stalinismus konnte sie den Verrat vollziehen, ohne die Folgen des Verrates fürchten zu müssen.

Vom Stalinismus mißbraucht, machte die KPD nicht die Politik der Arbeiterklasse, nicht die Politik der Kommunistischen Partei, sondern stalinistische Fraktionspolitik im elendesten Sinne des Wortes. Sie schaute nicht darauf, was die Lage des Proletariats, was das Interesse der proletarischen Revolution fordert, sie ging auf nichts aus als auf Stimmenfang für den Stalinismus. Sie ging auf nichts aus, als Stimmen zu gewinnen, um mit dem Stimmenzuwachs den Kommunisten, den revolutionären Arbeitern die Augen zu verschleiern vor dem Stalinismus.

Und das Ergebnis? Durch den Stalinismus verführt, hat die KPD nicht nur den sozialdemokratischen Verrat ermöglicht, nicht nur dem Proletariat, der proletarischen Revolution, der kommunistischen Sache, der Kommunistischen Partei schwersten Schaden bereitet, sondern nicht einmal genug Stimmen gewonnen, um das vor den Arbeitern zu bemängeln, was sich nicht mehr bemängeln läßt: den

Bankrott der Stalin-Politik.

Eine außerordentliche Gunst der politischen Lage. Die Massen durch die Krise zu tiefst aufgerüttelt. Der Verrat der SPD mit den Händen greifbar. Drei Millionen Wähler mehr. Und — der Faschismus gewinnt 5 Millionen Stimmen; die Sozialdemokratie verliert trotz ihres Verrates nicht eine einzige Stimme; die KPD jedoch bleibt stehen, ja sie verliert Stimmen in den entscheidendsten Punkten, wie in Berlin, Hamburg, Westfalen Nord. Es ist ein ungeheurer Bankrott des Stalinismus!

Wenn die KPD, statt sich dem stalinischen Irrsinn zu verschreiben, dem Rat der Linksoption gefolgt wäre, wenn sie der leninischen Einheitsfronttaktik gefolgt wäre, wie stünde sie heute da! Wie stünde die Arbeiterklasse heute da! Die KPD hätte die

Arbeitereinheitsfront

zustande gebracht! 15 Millionen Stimmen, wenn nicht mehr, hätte der gemeinsame Arbeiterkandidat auf den ersten Schlag auf sich vereinigt! Das Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse, ihr Selbstvertrauen, ihre Kampfkraft, ihr Kampfwillie wäre dadurch mit einem Schlage mächtig gehoben worden. Hindenburg und Hitler, die heute getrennt marschieren, um dann vereint zu schlagen, hätte sich jetzt schon zusammenschließen müssen. Gerade dadurch wären Millionen von Ausgebeuteten, die ihnen heute folgen, die Augen schnell aufgegangen, die Augen insbesondere über den Faschismus. Die proletarische Einheitsfront, einmal erstanden, einmal im Kampf, hätte ihre

gewaltige Anziehungskraft

auf die Gesamtheit der ausgebeuteten Millionenmasse auszuüben begonnen. Im Ver-

lauf des Kampfes hätte die große Masse durch die eigene Kampferfahrung sich zur Linie der Revolution durchgerungen, wäre erstanden — die Rote Einheitsfront!

Diese Gelegenheit ist verpaßt zum Schaden der Arbeiterklasse, zum Schaden der proletarischen Revolution, zum Schaden des Kommunismus, zum Schaden der Kommunistischen Partei, zum Schaden Sowjetrußlands! Dank der verfluchten Schuld des Stalinismus!

Was jetzt?!

Am 10. April ist Stichwahl. Eine neue Gelegenheit bietet sich der Partei, den Fehler gutzumachen. Sofortiger Bruch mit der «Roten Einheitsfronttaktik» Stalins! Sofortiger Übergang zur Einheitsfronttaktik Lenins! Sofortige konzentrierte Massenkampagne für die Aufstellung eines

gemeinsamen Arbeiterkandidaten

für den zweiten Wahlgang, für die Bildung der

proletarischen Einheitsfront,

überhaupt zum Kampf gegen den Faschismus. Unter solchen Lösungen, die vom Standpunkt der großen proletarischen Millionenmassen unbedingt annehmbar sind, bei voller organisatorischer Selbständigkeit beider Parteien und

Aufrechterhaltung der gegenseitigen Kritik. Nach Massenvorbereitung öffentlicher Vorschlag an die SPD, einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten für den zweiten Wahlgang aufzustellen und die proletarische Einheitsfront für den Kampf gegen den Faschismus mit der KPD zu schließen für die vorbezeichneten Lösungen, unter den angeführten Bedingungen.

Noch immer ist es nicht zu spät! Noch immer kann der Fehler wettgemacht werden! Aber es gilt, rasch und entschlossen zu handeln!

Der bloße Hinweis auf den Verrat der Sozialdemokratie ist eine blanke Ausrede, wenn dieser Hinweis nicht begleitet ist von einer Taktik, die den Massen den wirklichen Ausweg zeigt! Worin mitbegriffen ist, daß die Partei die Kraft haben muß, offen und öffentlich für den gesamten Massen den furchtbaren Fehler des Stalinismus einzugestehen.

Schluß mit der stalinischen Bankrott-Politik! Vorwärts zur Arbeitereinheitsfront! Übergang zur leninischen Politik des revolutionären Realismus, des revolutionären Internationalismus! Das fordert die Stichwahl, das fordert die Lage der Sowjetmacht, das fordert das Interesse des Kommunismus, der Kommunistischen Partei!

6. MÄRZ

Ein entsetzlicher Bankrott. Wenn man alles zusammenzählt, was sich dem zentralen Sammelpunkt, dem Freiheitsplatz, genähert hat, so waren es höchstens 50! Wenn man alles zusammenzählt, was die Partei in ganz Wien, in welcher Form immer, zu der größten Massendemonstration, wie sie Wien noch nie gesehen hat, auf die Beine gebracht, so waren es höchstens 500! Wir haben schon viele stalinische Bankrotte erlebt, aber das war ein stalinischer Bankrottgigant. Die Not der Massen ist ungeheuer. Die Möglichkeit, an die Massen heranzukommen, hat sich für die KP wesentlich verbessert. Was das Quantum der Anstrengungen betrifft, hat die Partei das Maximum geleistet, das ihr gegenwärtig überhaupt zugemutet werden kann. Ja sie hat sogar mehr geleistet, die Kraft des Parteiaktivs wurde zweifelloso überspannt. Eine Versammlung jagte die andere, mit Flugzetteln, Broschüren, Plakaten wurde Wien überschwemmt. Dazu kamen noch alle möglichen Veranstaltungen. Wirkung: null. Die Massen waren nicht zu sehen.

Hat etwa das Polizeiverbot die Massen zurückgehalten? Wenn die Partei wirklich große Massen mobilisiert hätte, so hätte die Polizei das Verbot nicht gewagt. Das zum ersten. Und wenn sie es dennoch gewagt hätte, so hätten die wirklich großen Massen das Polizeiverbot lächerlich und zu Schanden gemacht. Das zum zweiten.

Die Massen haben eine eigene Sprache: wenn sie die Politik der Partei nicht billigen, so zeigen sie der Partei — das Hintergesicht. Genau so war es am 6. März, weil die Partei eine Politik treibt, die die Massen nicht verstehen, die zwar von dem guten Willen getrieben ist, den Massen zu nützen, tatsächlich jedoch den Massen, dem proletarisch-revolutionären Interesse nicht nützt. Darum folgen die wirklich großen Massen den Lösungen der Partei nicht.

Wenn die Massen dem gutgemeinten

Ruf der Partei zur Massenaktion nicht folgen, so haben die Parteimitglieder allen Grund zu fragen und zu prüfen: was stimmt nicht mit der Politik der Partei? Und vor allem hat die Parteiführung Grund zu fragen und zu prüfen und so lange die Linie der Partei zu verbessern, bis sie von den Massen verstanden wird, bis sie die Massen für sich gewinnt. Die Stalinbureaucraten tun das Gegenteil. Da dank der grundfalschen stalinischen «Generallinie» die Massen der Partei nicht folgen, so jagt die Stalinbureaucratie die Avantgarde isoliert auf die Straße, wo die Avantgarde infolge ihrer Isolierung aufgegeben, zermürbt, geschwächt wird. Die Partei kommt so nicht nur nicht an die Massen, sondern die Partei selbst, ihr Kostbarstes, das Parteiaktiv, wird dadurch geschwächt!

Die «Rote Fahne» beruft sich auf die «Reichspost» als Zeugen dafür, daß die Bourgeoisie die KP fürchte. Die Bourgeoisie fürchtet die KP so wie sie dank des Stalinismus dasteht, leider sehr wenig. Aber die «Reichspost» und Co. benützen sehr gern die vom Stalinismus mißbrauchte Kommunistische Partei als Krampus, den sie desto knallroter anstreichen, je besser sie wissen, wie innerlich hohl dieser ganze Scheinradikalismus, zu dem der Stalinismus die Partei zwingt, ist.

Die Avantgarde kann die Massen nicht ersetzen, sie kann nicht an Stelle der Massen eingesetzt werden. Die Avantgarde so einsetzen, daß sie wirklich die Massen an sich zieht und zusammen mit den Massen kämpft, das allein ist richtige revolutionäre Politik.

Die erste Voraussetzung, die Partei dazu zu befähigen, ist die Überwindung der grundfalschen stalinischen «Generallinie». Nur auf der Linie einer internationalen, einer realistischen Politik der Revolution kann und wird die Partei die Massen mobilisieren. Das sind die Hauptlehren des 6. März.

Lage der Postler

«Sparen? Gewiß! Fragt sich nur wo!» So steht es groß in dem Fachblatt der freien Postgewerkschaft. Das ist so, wie es die Sozialdemokratie immer gemeint hat mit ihrem «Alle massen Opfer bringen», wobei immer nur die Arbeiter daraufgezählt haben. Sparen heißt hier, die Personal«lasten» also u. a. auch den Personalstand verringern. «abbauen». Früher hat ein Postler gesagt: Jetzt gehe ich noch nicht zur Opposition, ich bin noch nicht angestellt, kann daher leicht fliegen. Doch, wenn ich einmal angestellt bin, werde ich radikal, da kann mir nichts geschehen, höchstens werde ich pensioniert. Jetzt, bei dem Abbau, kann sich ohne besondere Protection keiner mehr sicher fühlen. Steht doch in dem Abbaugesetz: Ein Beamter mit 5 Dienst-

jahren bekommt 1. mit 5 bis 10 Dienstjahren 2 Monatsgehälter Abfertigung. Ein Beamter über 10 Dienstjahre bekommt laut Pragmatikgesetz mit 10 Jahren 40 Prozent Pension, für jedes Jahr 2 Prozent mehr, bis 78 Prozent. Doch kann ein Vorstand einen Angestellten jederzeit in seiner Gesamtleistung schlecht qualifizieren. Wenn die Gesamtbeurteilung nicht mindestens auf «gut» lautet, so kann der Angestellte zwangsweise pensioniert werden...

Wer mit 11 Dienstjahren in Pension gehen muß (vielleicht «krankheitshalber»), der bekommt monatlich 68 S «Pensions», also weniger als ein Arbeitsloser. Der Angestellte mit 8 bis 9 Dienstjahren bekommt 2 Monatsgehälter als Abfertigung: 1 hat er schon immer im voraus

empfangen, so bekommt er nur 170 S. Derjenige mit 1 bis 5 Dienstjahren wird entlassen mit 1 Monatslohn, da er densenben schon im voraus hat, bekommt er also gar nichts. Arbeitslosenunterstützung bekommen sie nicht.

Alle jene, die am 1. Jänner in Pension gehen sollten, weiß sie schon 35, 40 und mehr Dienstjahre haben, sind noch immer im Dienst, diese, die alle über 300 S Pension bekommen und schon große versorgte Kinder haben, diese Längerdienenden versperren vielen den Weg.

Durch den Abbau werden nicht nur die Abgebauten geschädigt, sondern auch die im Dienst Verbliebenen, indem sie dazu die Arbeit der Abgebauten mitliefern müssen, also mehr Arbeit ohne mehr Lohn machen müssen. So am Bahnpostamt Südbahnhof mit zirka 400 Bediensteten und Beamten: Frühschicht von 6 bis 13 Uhr in der Paketumleitung 8 Mann, in der Nachmittagspartie von 13 bis 21 Uhr 8 Mann, in der 1/2-Nachtpartie von 16 bis 23 Uhr 4 Mann, in der Nachtpartie von 18 bis 6 Uhr früh 13 Mann und um 7 Uhr kommen dazu noch 8 Mann Aushelfer bis 22 Uhr. Diese Bedauernswerten, meist Postlerkinder, müssen täglich für 2 S (im Monat zirka 45 S) arbeiten, in der Illusion, einmal Angestellte mit 300 S zu werden, was sie aber vor 30 Jahren nicht erreichen. Die Dienststunden eines Postlers pro Woche sind:

Montag	13—21 = 8 Stunden
Dienstag	6—13 = 7 "
Mittwoch	16—22 = 6 "
Donnerstag	18—6 = 12 "
Freitag	frei = — "
Samstag	13—21 = 8 "
Sonntag	6—13 = 7 "

Zusammen 48 Stunden

Jetzt soll es am Südbahnhof aber auch so werden wie am Westbahnhof.

Diese 48 Stunden sind durch ihre Unregelmäßigkeit usw. schon an sich schwer genug. Jetzt soll dazu der Nachtdienst von 13 bis 21 Uhr verlängert werden bis 24 Uhr, also um 3 Stunden.

Die Postler vom Westbahnhof müssen eine Oppositionsgruppe organisieren, so wie es die Postler auf dem Hauptpostamt und Südbahnpostamt getan haben. Ich spreche von den Postlern bis zu 15 Dienstjahren, die alle unter 200 S monatlich haben, den sogenannten Mindestgehältern. Ein Postler.

Stalin unterstützt den japanischen Imperialismus

Stalin hat den japanischen Räubern den Transport von Truppen auf der Ostchina-Bahn gestattet. Die offizielle Stalin-Korrespondenz (siehe «Rote Fahne», 1. März, Seite 4, Spalte 2) sucht das damit zu bemängeln, daß die chinesischen Behörden in der Mandchurei an die Direktion der Ostchina-Bahn die Bitte gerichtet haben, den Transport japanischer Truppen auf der östlichen Linie der Ostchina-Bahn zu gestatten. Wer sind diese chinesischen Behörden in der Mandchurei? Es sind dies die von den japanischen Banditen gekauften Verräter Chinas. So unterstützt Stalin die japanischen Räuber und sucht zugleich durch einen betrügerischen Kniff die Arbeiter über seine Lumperei zu täuschen.

Ford-Legende

Wer hat vor nicht langer Zeit die amerikanischen Unternehmer, mit Ford an der Spitze, als die Anwälte der «hohen Löhne» gepriesen und den österreichischen Ausbeutern die amerikanischen Kapitalisten als nachahmenswertes Muster vorgehalten? Nun, wer anders als die «Arbeiter-Zeitung». Sie hat durch mehrere Jahre hindurch das Lied der hohen amerikanischen Löhne gesungen. Heute (siehe «A.-Z.» 12. März) macht sich die Sozialdemokratie lustig über die Ford-Legende, die niemand so eifrig verbreitet hat als die «Arbeiter-Zeitung» selbst...

SP-Pailawatsch

«Arbeiter-Zeitung» vorne. Otto Bauer spricht: In Rußland opfert Stalin eine ganze Generation der Zukunft. Diese Politik mag unvermeidlich sein für Rußland, für uns in Europa ist sie unannehmbar. Europa braucht eine andere Politik. Wir wollen nicht die Generation der Gegenwart der Zukunft opfern, wir wollen die gegenwärtige Generation emporkommen, auf das sie die Zukunft aufbaue...

«Arbeiter-Zeitung» hinten: Der Feuilletonschmuck spricht (AZ, 13. März): In Rußland wird eine ganze Generation um der Zukunft Willen geopfert: das ist die Wahrheit. Man soll vor dieser Wahrheit nicht in den Mythos flüchten, man soll sie stolz und furchtlos bejahen. Das Proletariat soll wissen, daß der Sozialismus nur durch Opfer und Entbehrungen, nur durch den Verzicht einer ganzen Generation auf alle persönlichen Annehmlichkeiten aufgebaut werden kann...

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle Thaliastraße 82 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunnengasse 41 und 62, Reumannhof,

STEIERMARK

Steirische Verwaltung der «Arbeiter-Stimme»: Graz-Eggenberg, Georgigasse 46/1. Zuschriften an diese Adresse. Auskünfte, Entgegennahme von Artikeln erfolgt alle Dienstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller, Eggenberg, Rochelgasse 52.

Provokateure

Der 6. März in Graz hat die jämmerliche Rolle der Hakenkreuzverbrecher im klarsten Lichte beleuchtet. Als die Arbeitslosen von den Gummiknüppeln der Polizei auseinandergejagt wurden, tauchten allenorts die SA- und SS-Leute auf, die angesichts der Polizei die Demonstranten auf das gemeinste provozierten. Es war offen zu sehen, daß die Nazischuffe der Polizei Zutreibdienste leisteten. Einige Arbeitslose.

Habinger als Chef

In der Werkstätte der Winterhilfe arbeiten 14 Schneider und Schneiderinnen. Sie erhalten keinen Heller Lohn, sondern von der Volksauspeisung das Essen und Trambahnfahrvergütung. Es wird sehr gesparrt — aber nur an den Arbeitern. Denn für Aufpasser muß gesorgt werden. Da ist z. B. eine Frau Truschnig hier und eine Frau Gemeinderat Maschek, die nur da sind, um die Arbeiter zu «beaufsichtigen»...

Es wird einmal eine wirkliche Winterhilfe kommen. Aber da wird nicht gebettelt, sondern geholfen werden den Hungernden und Darbenden auf Kosten des sozialisierten Kapitalismus. Ein Sozialdemokrat.

Der Winterhilfsdiktator

Der Verwalter Habinger ist Herr und Gebieter der Winterhilfe. Denn im Göstin-

ger Monturdepot, wo die Werkstätten und das Lager der Winterhilfe untergebracht sind, diktiert er, völlig unkontrolliert, so wie es ihm paßt. Wer ihm zu Gesicht steht, bekommt ganze, wer ihm unsympathisch ist, bekommt «andere» Schuhe. Nicht Not und Bedürftigkeit entscheiden, sondern die liebe Protektion.

Kommt da der alte Arbeitslose Martin K. zum Habinger. Er soll etwas kriegen. Laut Zuweisung hat er die Auswahl zwischen einer Hose und einem Paar Schuhe. Er findet eine ganz nette Hose. Da nimmt sie ihm Habinger aus der Hand und gibt ihm Schuhe, die garantiert in drei Tagen in Fetzen sind. Der Arbeitslose protestiert. Er hat doch die Auswahl. Da fängt Habinger zu brüllen an: «Nehmen Sie oder nehmen Sie nicht?» Der Arbeitslose will die ihm mit Recht zukommende Hose. Da schreibt Habinger auf seinen Zettel: «Annahme verweigert!» So behandelt der Winterhilfsdiktator die Arbeitslosen.

Von Genosse zu Genosse

So hieß die Devise der Winterhilfe der Sozialdemokratie. In der Wirklichkeit wird sie höchst eigenartig gehandhabt. In Eggenberg bekommen (nachweisbar!) von der Lokalorganisation offene Christlichsoziale Unterstützungen, während Parteigenossen völlig leer ausgehen. Rosenwirth, zur Rede gestellt, erklärte: «Wir müssen mit der Winterhilfe doch Parteimitglieder werben!» Ein Sozialdemokrat.

Aus dem Schutzbund

Trotzdem, daß hunderte und hunderte Arbeiter noch immer dem Schutzbund beitreten, weil sie auf Grund der Stalinmetho-

den zur Kommunistischen Partei kein Vertrauen haben, rebellieren innerhalb des Schutzbundes große Teile der Proleten gegen ihre Bonzen und deren Taktik. Es wird uns berichtet: Der «Genosse» Ingenieur P a p s t ist sehr distanziert, wenn es sich um proletarische Parteigenossen handelt. Ja er verleugnet bisweilen sogar Vertrauensleute und Genossen, wenn sie Proleten sind. Dafür hält er um so dickere Freundschaft mit Faschisten und Christlichsozialen. Nachdem der erzscharze Ingenieur F i s c h e r als Brandsinspektor bei der Berufsfeuerwehr hinausflog, verschafften ihm die Schutzbundgrößen R u c k l und P a p s t sofort Stellung bei dem städtischen Bauamt. Papst zeigt sich offen mit Fischer in Kaffeehäusern und lud ihn sogar schon öfters in seine Wohnung ein. Fischer verhöhnt hinter dem Rücken seine sozialdemokratischen Gönner und schimpft die SP einen roten Pöbel, mit dem er nichts zu tun haben will. Dabei bespricht sich Papst als Schutzbundkommandant mit Fischer ganz offen über die heikelsten Angelegenheiten. Unlängst frug er ihn, wie man einen Schießstand errichte.

So sind die SP-Bonzen. Für die eigenen Proleten leere Hände und große Versprechungen, für die Arbeiterfeinde Versorgung und Freundschaft. Dabei ausgerechnet für Ingenieur Fischer, der immer erklärt: «Wenn das ganze Bauamt rot wird, ich werde mit der Bagage nichts zu tun haben!» Ein Schutzbündler.

Auch ein „Genosse“

Herbert Pertasek ist fester SP-Kuli von Andritz. Das hindert ihn nicht, gegen seine eigenen Parteigenossen mit Gendamerie und Hausbesitzer vorzugehen. Es ist sehr bedauerlich, daß sich so etwas überhaupt «Sozialist»

nennen kann. Den sozialdemokratischen Genossen legen wir sehr ans Herz, sich den Manf etwas näher anzusehen.

Ein Andritzer Arbeiter.

Bourgeois!

An Delnem Bankprofitem, an Deinen Geldtreßors, von den Giebeln Deines Prunkpalastes tropft Blut Erschunden aus zahllosen Ueberstunden, erschunden aus tausend Akkordsystemen, erpöbt aus den Knochen der Millionen, Die Edelsteine Deiner Maitresses, Die Kennstallpferde Deiner Freunde, Die Mercedes-Typen Deiner Kinder hast Du mit unserer Qual bezahlt! Frauen — im Elend verderbend, Kinder — um die Sonne schend, Gresse — um ihr Leben betrogen, verführerisch dich! Bald wirst Du's sehen. Die Rote Garde der Welt wird erstehen! Sie wird die Straße, die Straße der Welt von all den Faschisten freilegen und schützen den Bau, der großen, erdumfassenden Räterepublik!

Achtung!

Arbeitslose! Betriebsarbeiter!

Bescheide, Gesuche, Eingaben, Beratung in arbeiterrechtlichen Fragen erledigt vollkommen kostenlos die

Arbeiterrechtsschutzstelle der „Arbeiter-Stimme“

Jeden Donnerstag von 7 bis 8 Uhr im Gasthaus «Tiroler Weinstube», Graz, Idelhofgasse 31

Erlebnisse eines Arbeiters unter dem Stalinismus

Von Josef Supka

Genosse Stefan Supka ist uns seit langen Jahren als gründlicher revolutionärer Arbeiter bekannt. Er ist übrigens ein außerordentlich tüchtiger Metallarbeiter von Fach. Seine Schilderung hat daher besonderes Gewicht.

Was unsere prinzipielle Stellungnahme betrifft, verweisen wir darauf, was wir letzthin in Nr. 95 der «Arbeiter-Stimme» wiederholt haben. Der Stalinismus verschweigt der Arbeiterschaft die Wahrheit, um sie über den Charakter der stalinistischen Politik zu täuschen. Allein das revolutionäre Interesse, das Interesse der Sowjetmacht fordert, daß die Arbeiter die ungeschminkte Wahrheit kennen. Damit sie erkennen, daß die Sowjetmacht, dieser entscheidende Punkt der proletarischen Weltfront, ihrer Hilfe dringend bedarf und daß die wichtigste Hilfe, die die russischen Arbeiter, die die Sowjetmacht braucht, die ist: mitzuhelfen, den Stalinismus zu überwinden durch die Linie des revolutionären Internationalismus und Realismus, das ist durch die Linie von Marx—Lenin. Aus diesem Grunde veröffentlichten wir, der proletarisch-revolutionären Pflicht folgend, diese Arbeiterberichte.

Am 30. Oktober des Vorjahres fuhr ich mit einem Transport nach Sowjetrußland, um als Metallarbeiter (Monteur) beim Aufbau mitzuhelfen. Mein langjähriger Wunsch, die Wahrheit mit eigenen Augen zu schauen, ging endlich in Erfüllung. Nach 49stündiger Fahrt sind wir in der Grenzstation Negorolje, von wo sofort die Weiterreise nach Moskau angetreten wurde. Wir bekamen hier weder zu essen noch zu trinken. Erst während der Fahrt erhielten wir jeder 7.50 Rubel und konnten uns Tee und Gebäck kaufen. Die Preise unterschieden sich in nichts von den Preisen in kapitalistischen Ländern. In Moskau ebenso an der Grenze war kein Empfang, was uns nicht wenig wunderte. Ankunft in Moskau 2. November 11 Uhr. Hier bekamen wir ein Mittagessen: Suppe, ein kleines Stück Rindfleisch, ebenso ein Stück Gans, dazu Brot und als Dessert ein Stück Melone. Die Leute wurden jetzt zu ihren Truists geführt. Ich bekomme 150 Rubel Vorschub und die Nachricht, daß mein Arbeitsplatz im Ural liegt. Nach Ankauf der für die Reise nötigen EBwaren geht es auf den Bahnhof. Nach einer Fahrt von 102 Stunden, während welcher kein Waggon gefüllt werden darf und wir Gelegenheit hatten, den vielgenannten Tee an den Stationen zu holen, der aber nur gekochtes Wasser war, kamen wir in Magnitogorsk am 7. November 2 Uhr nachts an. Die letzten 18 Stunden bekamen wir nicht einmal das Wasser. Durstig, hungrig stehen wir am Bahnhof, niemand weiß, wohin. Ein russischer Ingenieur verschafft uns endlich ein Lastauto. Wir kommen beim Fürsorgeamt an. Hier wird zur Revolution gefeiert. Wir ersuchen um Tee oder Milch für die Kinder, die vor Hunger weinen. Man sagt, es

sei noch nicht Zeit. Ich schlage Lärm. Vergeltens, wir bekommen nicht einen Tropfen Wasser, geschweige denn Tee oder Milch. Erst nach 6 Uhr bekommen wir Tee, ein Stück Brot mit Kaviar zu 70 Kopeken und um all das mußte ich erst bitten.

Wir schauen uns die Revolutionfeier an, sehen wenig Begeisterung und stehen vor einem Rätsel. Man bietet uns eine Baracke als Wohnung an. Wir sind gezwungen, sie wegen Schmutz, Ungeziefer und Mäusen abzulehnen, wir verlangen Wohnungen. Am Abend bekommen wir sie. 15 Quadratmeter sind sie. Zu Dritt bekommen wir einen solchen Raum.

Am nächsten Tag war frei. Dann Registrierung (für sie mußten wir später je 5.75 Rubel bezahlen), Vorstellung im Betrieb und Einteilung. Und schon sehe ich den Klassenunterschied. 7 Lohnklassen gibt es. Enttäuscht kehren wir in unser Quartier. Die sechs Tage zur Bestimmung der Qualifikation sind vorüber, man verspricht mir 320 Rubel Mindestverdienst, im Akkord 500 bis 600 Rubel. Ein mir gut bekannter Kollege aus Wien wußte bei meiner Abreise noch nicht seinen Verdienst, obwohl er in Wien immer Spitzenverdiener war. Ich arbeite den November durch, man bewilligt mir nach eintägigem Arbeitestellen 219 Rubel für 15 Tage und fragt, ob ich damit zufrieden bin. Ich erkläre mich einverstanden, bekomme den Betrag ausbezahlt und werde in einer Ausländerversammlung als Muster eines fleißigen Arbeiters hingestellt, was aber die Herrschaften nicht hinderte, mir bei der nächsten Auszahlung kurzerhand 84 Rubel abzuziehen, so daß ich faktisch nur 135 Rubel für 15 Tage erhielt. Für Dezember erhielt ich für 20 Arbeitstage 276 Rubel und nicht den vereinbarten Betrag.

Ueberhaupt mußte die Auszahlung der Löhne immer wieder erst mit Drohungen und Auseinandersetzungen schärfster Form erzwungen werden. Wo es ging, wurde der Lohn gedrückt in einer Weise, daß jeder Privatunternehmer davon lernen könnte. Man versucht mit allen Mitteln, den verdienten Lohn nicht auszahlen zu lassen. Die russischen Arbeiter erhielten seit Oktober kein Geld. In meiner Gegenwart haben mehrere russische Arbeiter in der Buchhaltung erklärt, daß man sie nicht ausbezahlt hat und nur einen Vorschub erhalten haben. Ich glaube nach meinen Erfahrungen, daß man sie nicht voll ausbezahlt hat. Die anderen Verhältnisse waren schauderhaft. Der Betrieb startete vor Schmutz, es gab keine Aborte, die nächste Latrine war acht bis zehn Meter weit entfernt, gänzlich unbenutzbar, es gab keine Schränke fürs «Gewand, kein Waschwasser und meistens auch kein Trinkwasser. Ueberall gefror im Betriebe das Wasser. Selbst mein Tee ist mir täglich im Werkzeugschrank eingefroren. Der Rauch im Betrieb behinderte das Sehen durch seine Dichte und verursachte Erkrankungen der Lungen und Atmungsorgane. Nicht viel besser waren die Wohnverhältnisse. Auch hier gab es keine Aborte, keine Kochegelegenheit, ebenso war die ersten Wochen wenig Waschgelegenheit. Die Fenster vernagelt, man konnte nicht lüften. Die Notdurft mußten die Leute von sieben Häusern (84 Wohnungen!) bei einer Kälte von 20 bis 40 Grad im Freien verrichten, was wieder Krankheiten hervorrief. Durch den Fußboden, welcher breite Spalten aufwies, besuchten die Mäuse unseren Speiseschrank, welcher uns zugleich als Kleiderschrank diente. Nach langem Streiten baute man uns eine Küche mit vier Herden für 84 Parteien und zirka 50 Alleinstehende, was immer zu unerquicklichen Szenen führte.

Auch eine Latrine baute man uns, welche aber bald voll war, da alles Spülwasser und alle Abfälle, welche früher auf die freien Plätze geschüttet wurden, nun hierher geschüttet wurden.

Wiederholt habe ich beim Ingenieur Gläser, dem Vertreter der Gewerkschaften, ebenso im Auslandsbureau versucht, die Uebelstände zu beseitigen, habe an die «Prawda» und die «D. D. Z.» in Moskau geschrieben, um Abhilfe gebeten, geschene ist nichts.

In einer Versammlung der Gewerkschaft erklärte man uns, daß wir die Mitglieder der europäischen Gewerkschaften nur als neue Mitglieder eintreten kön-

nen, da unsere Gewerkschaften faschistische Organisationen seien. Wir machten ihnen den Standpunkt klar in einer Weise, daß sie diese Lumpereien nicht mehr versuchten. Sonst kamen wir in den Versammlungen selten zu Wort und wenn, dann nur fünf Minuten. Die Mitgliedsrechte bestehen in der Bezahlung des Beitrages und dem «Wahlrecht». Leider hatte ich keine Möglichkeit, mir dieses «Wahlrecht» in der Praxis anzuschauen.

Verhältnismäßig am günstigsten war unsere Verpflegung. In der Fabrikkantine war das Essen derart eieud, daß wir es trotz größtem Hunger die erste Zeit nicht genießen konnten. So kochten die meisten selbst. Fleisch, Fische, Brot waren genügend vorhanden. Salz fehlte vier Wochen ganz, ebenso Mehl und Gemüse. Erst nach einem Monat bekamen wir Kartoffeln der schlechtesten Qualität und mehr als die Hälfte erfroren. Auch Kraut bekam man dann, ebenso Mehl, aber von schlechter Qualität, daß man es hier in Europa höchstens als Schweinefutter verwenden würde. Butter war 1 kg pro Monat für Schwerarbeiter, Meister und Ingenieure bekamen aber 3 kg Butter monatlich!

(Fortsetzung folgt.)

Ernüchterung

Der Dreher Lauschmann (Wien XX) fuhr im Dezember 1930 als «Spez» nach Rußland. Anfangs schrieb er von dort begeisterte Lobgesänge an den «Abend» und an die «R. F.» über den «Aufbau des Sozialismus». Dann begann er zu schweigen. Jetzt war er auf Urlaub in Wien und erzählte, daß man bald ernüchert wird, wenn man längere Zeit drüben ist. Das Arbeitstempo ist amerikanisch, aber der Lohn reicht nur fürs Essen, für andere Dinge kann man sich nichts erlürigen, Kleider, Schuhe, Wäsche sind unerschwinglich. «Ja, wenn ich hier in Wien, wenn auch nur um 35 S Arbeit fände, würde ich nicht mehr zu rückfahren, mehr kann ich dir nicht sagen.» — So geht's den Spezialarbeitern mit hohem Lohn — wie eieud muß es da erst der großen Masse der russischen Arbeiter gehen!

Milch-masch

Um panaschig die politische Klärung den Kommunisten zu verhindern und sie möglicherweise zu verwirren, organisieren die Stalinbureaus eine «marxistische Arbeiter-Schule», wofür sie die Abkürzung Masch eingeführt. Eine seltsame Selbstbekennnis dieser Maschmasch Gigant:

AUS DER PARTEI

Zur Kaderfrage

Von W. E.

Die Frage der Auslese des Parteikaders ist eine der wichtigsten Fragen der Kommunistischen Partei. Gerade die Stellungnahme zur Kaderfrage ist ein untrüglicher Prüfstein, um eine wirklich revolutionäre Politik von einer opportunistischen oder abenteuereichen zu unterscheiden.

Von Zeit zu Zeit kann man in der «Roten Fahne» lesen, die Frage des Parteikaders sei noch nicht gelöst, man müsse den Kader aufräumen, der alte habe versagt, es seien noch sektiererisch, verkalte Elemente darin, diese müsse man entfernen und an ihre Stelle «kühn» frische setzen. Was meint das ZK damit? Ueberall, wo sich bei den Parteifunktionären eine berechtigte Empörung über das durch die Stalinpolitik verursachte Versagen der Partei zeigt, wird vom ZK «die Kaderfrage gelöst». Man erspart sich dadurch die Mühe, den wirklichen Grund des Versagens anzugeben, indem man die Schuld auf irgend einen Genossen abwälzt, den man als Sündenbock «ab-sägt». Wenn das geschehen ist, dann heißt es, die Kaderfrage ist dort und dort gelöst, der Kader ist aufgefrischt.

In einer Zelle im Kreis 4 wurde unberechtigterweise der Obmann abgesetzt. Sämtliche Mitglieder weigerten sich, eine Funktion anzunehmen, da sie sahen, mit welchen gemeinen Mitteln die Absetzung ihres Zellenobmannes durchgeführt wurde. Der Führer-Gigant Kopenig, der höchstselbst erschienen war, setzte jedoch die Wahl eines Genossen zum Obmann durch, der garnicht Parteimitglied war! Das ist kein Ausnahmefall! Wenn sich ein Sozialdemokrat einmal in einen Zellenabend verirrt, bekommt er, noch bevor er recht Platz genommen hat, schon eine Spitzenfunktion angehängt. Man kann sich vorstellen, welche Meinung ein neues Mitglied von der Partei bekommt, wenn man ihn gleich zum politischen Leiter der Zelle wählen läßt, obwohl er organisatorisch und besonders politisch noch gar keine Erfahrung besitzt. Auch das ist in der letzten Zeit vorgekommen. Der gänzlich Unerfahrene soll nun Genossen führen, die diese Erfahrungen zum Teil schon haben, die für die Partei gekämpft, die für sie schon Opfer gebracht, die aber das Unglück haben, «verkalte Elemente», das heißt der Parteiführung nicht genehm zu sein, weil sie nicht zu allem Ja und Amen sagen. Daß sich erfahrene Kommunisten Unerfahrenen politisch unterordnen sollen, ist ein Widerspruch, der das ZK nicht geniert.

Daß das unhaltbare Zustände schafft, macht unserer unfehlbaren Parteiführung nichts. Es macht ihr nichts, wenn durch diese «Lösung» der Kaderfrage Organisationen, die in mühevoller Arbeit halbwegs aufgebaut wurden, nun in wenigen Wochen vollständig zusammenbrechen, daß man die Arbeit von vorne wieder beginnen muß!

Wenn die Kopenig, Hexmann u. Co. einen unliebsamen Funktionär absägen lassen, wird nicht einmal gefragt, ob die Genossen seinen Nachfolger überhaupt kennen. Oft werden gänzlich Unbekannte in Funktionen eingesetzt! Es wird ihnen das Adressenmaterial zur Verfügung gestellt. Oft sogar das der illegalen Genossen! Bei dieser Behandlung der Kaderfrage fällt es Spitzeln nicht schwer, in der Partei zu Amt und Würden zu kommen. Die einfachsten organisatorischen Fragen auf den Kopf zu stellen, das nennt das ZK «Bolschewisierung». Wenn es schief geht und sich die unglaublichsten Dinge zutragen, dann ist natürlich nicht die Parteiführung schuld, sondern die Funktionäre, die aktiven Mitglieder, die ja nur das durchgeführt, was man ihnen aufgetragen. Nur zu oft kommt es

nach so einem Skandal vor, daß sich auch ganz junge Parteimitglieder sagen: «Es müssen Spitzel und Verräter unter uns sein!»

Trotz dieses Zustandes kommen viele neue Mitglieder von selbst zur Partei, die natürlich keine Ahnung haben, wie es in der Partei aussieht. Zum Beispiel in den Versammlungen in Ottakring und Hernalt treten Arbeiter der Partei bei. Und gerade in Ottakring, einem so wichtigen proletarischen Bezirk, besteht gegenwärtig keine einzige aktive Zelle! Vielleicht sind dort die Funktionäre noch nicht genügend oft ausgetauscht worden? Die Leitung des Kreises 4 wurde schon das dritte mal umgestellt und wird immer schlechter. Seit man «energisches» an die Betriebsarbeit herangegangen ist, hat man sogar die Fühlungnahme mit den wenigen Betrieben, die man noch hatte, verloren. Seit Oktober organisiert man in Ottakring und Hernalt ein Arbeitslosenkomitee. Jetzt ist es März und man ist damit noch nicht fertig! Wie soll man die Arbeitslosen also organisieren? fragt sich das ZK, Nun, es ist auf eine neue «Idee» gekommen. Jene Genossen, die als «verkalte Elemente» von den Parteifunktionären entfernt wurden, steckt man als Organisatoren der Arbeitslosen ins ZK, Genossen, die in einer Massenorganisation, wie die Arbeitslosenbewegung eine sein sollte, arbeiten, müssen doch die besten Kommunisten sein. Man nimmt aber «verkalte». Hier ist ein Widerspruch, über den sich das ZK nicht weiter den Kopf zerbricht.

Das ZK stützt sich hauptsächlich auf seine «Erfahrungen» in der Provinz, um die Richtigkeit seiner Auffassung der Kaderfrage zu beweisen. Dazu ist zu sagen, daß die Verhältnisse in der Provinz anders sind als in Wien. Der sozialdemokratische Arbeiter der Provinz ist selbständiger, hat verhältnismäßig mehr organisatorische Erfahrung als der Wiener Arbeiter. In Wien macht alles der Vertrauensmann, die große Masse ist von vornherein von der Organisationsarbeit ausgeschlossen. Nun kommen in Wien aber nicht sozialdemokratische Vertrauensmänner zur KP, sondern einfache Arbeiter. Die Erfahrungen der Provinz mechanisch auf die Wiener Organisation anzuwenden, ist von vornherein falsch. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die «Erfahrungen», die das ZK in der Provinz gemacht haben will, die richtigen sind.

Die Kaderfrage wurzelt tiefer. Die Bureaucraten, die die Partei «führen», wollen gar keine gesunden Kaders! Sie wollen sich an der Spitze behaupten, auch wenn ihre Politik die Partei von einer Niederlage zur anderen führt! Um gesunde Kaders zu bekommen, genügt es nicht, daß man ehrliche Parteiarbeiter hat, sondern diese ehrlichen Genossen müssen, um wirklich Kommunisten zu sein, auch revolutionäre Erfahrung besitzen. Revolutionäre Erfahrung aber ist ein Ding, mit dem man nicht auf die Welt kommt. Man kann sie nur bekommen durch zähe Arbeit, indem man aus dem Kampf lernt. Wenn aber die Partei revolutionäre Erfahrung besitzen würde, nicht einen Tag könnten die Kopenig u. Co. ihre verbrecherische Politik fortsetzen. Die Kommunisten würden sie mit massen Fetzen davonjagen. Für das ZK ist also die «Kaderfrage» eine Lebensnotwendigkeit. Sie können keine erfahrenen Kommunisten brauchen! Sie bevorzugen Arbeiter, die, eben von der Sozialdemokratie gekommen, ja gar keine Ahnung haben, daß diese Führung schon neun Jahre die Partei zugrunde führt. In dem Augenblick, in dem die Kommunisten erkennen, daß etwas nicht stimmt, in dem Augenblick sind sie «verkalte», sind Sektierer, sind konterrevolutionär, werden sie entfernt. Auf diese Weise beraubt die Stalinpolitik die Partei der revolutionären Erfahrung.

Parteiengenossen, Kommunisten! Duldet nicht länger, daß das ZK die Partei zugrunde richtet! Duldet nicht, daß man die besten Genossen, weil sie die Politik des ZK kritisieren, austauscht gegen Unerfahrenen! Austausch schon, aber Austausch der Parteiführung! Weg mit den Kopenig und Hexmännern! Weg mit dem Stalinismus, der diese Leute großzieht. Duldet nicht länger die verbrecherische Politik der Parteileitung!

Daß sie schlecht ist, gibt jeder ehrliche Genosse schon zu. Disziplin, ja! Aber Disziplin nur für revolutionäre, nur für kommunistische Politik! Gerade darum Kampf gegen die Stalinpolitik, die die Partei zugrunde richtet, Kampf gegen die Stalinbureaucratie, die die kommunistische Sache kompromittiert, die Kommunistische Partei mißbraucht, der es nicht um Kommunismus und Partei geht, sondern um ihre bürokratisch-bornierte eigennützige Selbstherrlichkeit!

Eine kleine Frage

«Wenn die Kapitalisten und Faschisten den Hauptfeind darstellen, so müssen wir sehen, daß die Sozialdemokratie die soziale Hauptstütze innerhalb des Proletariats für den Kapitalismus ist. Die Sozialdemokratie ist das größte Uebel.» So schreibt die «Rote Fahne» am 1. März.

Unter dem Druck unserer Kritik gibt der Stalinismus seine blödsinnige Lösung «die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind» den Worten nach auf, um die dieser grundsätzlichen Lösung zugrunde liegende grundsätzliche Politik etwas geschickter maskiert fortzusetzen. Auch die neue Formulierung ist falsch. Es ist nicht wahr, daß die Sozialdemokratie das größte Uebel ist für das Proletariat. Das größte Uebel für das Proletariat ist der Kapitalismus, aber es ist die Sozialdemokratie, die dem Kapitalismus das Leben verlängert. Das ist die richtige Formulierung.

Eine kleine Frage drängt sich auf. Seit neun Jahren führt der Stalinismus die Kommunistische Partei, seit neun Jahren schreit der Stalinismus tagtäglich mit verschiedenartigen Worten: «Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind!» «Die Sozialdemokratie ist das größte Uebel für das Proletariat!» und — die große Arbeitermasse, obwohl ihre Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratie immer größer wird, bleibt trotz des stalinistischen Geschreis bei der Sozialdemokratie. Sollte das am Ende nicht der Stalinismus selbst durch seine blödsinnige Politik verschulden? Dem ist in der Tat so. Die Sozialdemokratie verlängert dem Kapitalismus das Leben, und das Leben der Sozialdemokratie verlängert — der Stalinismus.

Unter dem Druck unserer Kritik gibt der Stalinismus seine blödsinnige Lösung: «Wien verteidigen, heißt ein Stück Kapitalismus verteidigen» (siehe «Rote Fahne» vom 14. Februar) auf. Statt dessen sagt er jetzt: «Die Gemeinde Wien ist ein Stück, und zwar ein wesentliches Stück Kapitalismus im Staat» («Rote Fahne» 1. März). Diese Formulierung ist richtig, aber sie ändert nichts an der blödsinnigen, das Proletariat und die Kommunistische Partei schädigenden Politik des Stalinismus. Denn das ist das Wesentliche, daß der Stalinismus den notwendigen Kampf gegen den sozialdemokratischen Verrat so führt, daß dabei als zwar ungewollt, aber tatsächliche Wirkung herauskommt die Förderung der Sozialdemokratie, ja, manchmal sogar des Faschismus. Es ist bezeichnend, daß für die ganze stalinistische Gemeindefeldkampagne der Faschismus, die Rechtsbourgeoisie, überhaupt nicht existiert. Es ist eine Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, als ob es in Oesterreich überhaupt keinen Faschismus, keine Rechtsbourgeoisie gäbe. Das heißt, es ist eine Auseinandersetzung im luftleeren Raum. Darum empfindet die große Masse der Arbeiter die ganze stalinistische Politik als Scheinradikalismus. Die Kommunistische Partei muß so kämpfen, daß sie mit beiden Füßen auf dem Boden der Tatsachen steht, anders kann sie das Vertrauen der großen Masse als Führerin nicht gewinnen. Aber um sie mit beiden Füßen auf den Boden der Tatsachen zu stellen, dazu muß sie vorher vom stalinistischen Blödsinn befreit werden.

Die Entwicklung der KPÖ im Lichte der Stalinpresse

In der «Roten Fahne» vom 6. März berichtet der Reichsoberbundessekretär General Kopenig: Die KPÖ wächst. Sie hat in den letzten Monaten ihre Mitgliederzahl verdoppelt.

Am 8. März schreibt die «RF» über die «beispiellos wichtigen Massenaufräusche vom 6. März».

«RF» 9. März: «wachsende Kraft und Stärke der Partei... allen Arbeitern hat der 6. März deutlich die Stärke der roten Einheitsfront gezeigt... Jetzt drauf los! Der 6. März war der große Auftakt. Jetzt gilt es, die Kräfte bis zum äußersten anspannen und einen gewaltigen Durchbruch zu vollziehen (den wiewielten?)... Wenn das «Sowjetagenten» sein sollen, so können wir... schreibt die «RF» — der bürgerlichen Presse mitteilen, daß gegenwärtig einige zehntausend solcher «Sowjetagenten» in Oesterreich weilen (es handelt sich da um Mitglieder der Partei, die am 6. März als Redner auftraten und von der bürgerlichen Presse als «Sowjetagenten» bezeichnet wurden). Nach der «RF» besitzt die Partei jetzt einige zehntausend Mitglieder und

dazu noch viele zehntausende Sowjetagenten. Allerdings kann nur derjenige diese vielen Zehntausenden sehen, der sich bei den Kopenig und Co. die patentierte Stalinbrille kauft.)

«RF» 11. März: «52 Beiräte zur Arbeiterwehr in Graz... 40 neue Mitglieder und eine neue Ortsgruppe in Otten-dorf.»

«RF» 13. März: «Der Ruf zur Bildung der Roten Einheitsfront hat stärksten Wiederhall gefunden... Die Demonstration am 6. März hat bewiesen, wie stark bereits die Rote Einheitsfront ist... Der Kommunismus stoßt vor in Deutschland... Extrausgabe der «Roten Fahne!»

Wahlergebnis in Deutschland: Faschismus um 100 Prozent gewachsen — die KPD trotz der denkbar günstigsten Lage dank der stalinistischen Blödsinnigkeit stehengeblieben. Ein furchtbarer Bankrott des Stalinismus. Ein wahrer Bankrottgigant.

Neuer Schwindeltrick in der «Kaderfrage»

Bekanntlich halten sich die Stalinbureaucraten auf folgende Weise oben: Sowas einem Mitglied aufzudämmern beginnt, daß die politische Linie und Impotenz der Stalinbeamten die Partei am Vorwärtskommen hindert, ist er «verkalte» und wird mittelst der «Kaderfrage» abgesägt. Herangezogen werden dann «neue, frische Kräfte», das heißt solche, die den Stalinwind noch nicht durchblühen, daher wieder durch einige Zeit betrogen werden können. Bis auch ihnen die Wahrheit aufzudämmern beginnt und nun auch sie reich sind für die «Kaderfrage».

Allein die Stalinbeamten haben das schon so oft wiederholt, daß der Schwindel zu durchsichtig wird. Also greifen sie jetzt zu «neuen Formen» in der Durchführung der «Kaderfrage». Zum Beispiel wurde jüngst die ganze Leitung des Kommunistischen Jugendverbandes abgesägt, dadurch, daß das Stalin-ZK deren «Übernahme in die Partei» anordnete... Ebenso wurden auch einzelne Genossen der RGO, denen das Licht aufzudämmern begann, in die Partei «übernommen». Daß dabei der RGO Funktionäre weggenommen, daß dadurch die Gewerkschaftsarbeit lahmgelagert wird, schert die stalinischen Unterfeldweibel nicht im geringsten. Ihnen ist hauptsächlich, jedoch zu erkennen, der den Schwindel zu durchschauen beginnt und seine Fortsetzung hindert.

Stalinistischer Pallawatsch

Pallawatsch Nr. 5: Die «Rote Fahne» vom 13. März will die Einheitsfront wieder nur der revolutionären Arbeiter, und zwar von vornherein unter der Führung der Kommunistischen Partei. Alle Arbeiter, die nicht revolutionär sind und die Führung der Kommunistischen Partei nicht von vornherein bedingungslos anerkennen, haben nach der stalinischen Weisheit in der proletarischen Einheitsfront nichts zu suchen... (fortgesetzt.)

Stalinistische Aufschneiderei

Am 5. März d. J. schrieb die «R. F.», daß in Linz vom 21. bis 27. Februar vier Einheitsfrontversammlungen stattfanden, in jeder seien 500 Arbeiter anwesend gewesen. Das ist blanke Aufschneiderei zur Täuschung der Parteimitglieder außerhalb Linz. In der ersten Versammlung am 2. März in Urfahr, Gasthaus zum Walfisch, waren keine 500, sondern 40. In der zweiten Versammlung am 3. März im Gasthaus zum Fischereider waren ganze 6 Mann! Am 4. März in der Werlikantline waren 70 und am 5. März im Gasthaus zum Hauer waren 25 Mann.

Am 6. März hielt die Partei im Volksgartensaal eine Versammlung ab. Nach der Rede von Kerschbaumer sollte als nächster der von der Schiffswerite als Rußland-Delegierter entsandte Cischka sprechen. Als Kerschbaumer ausgesprochen hatte, wurde vom Vorsitzenden eine Pause von einer Viertelstunde festgesetzt. Es zeigte sich, daß die Stalinisten eine Diskussion der Arbeiter nicht zulassen. Infolgedessen sind von den 600 Anwesenden 500 davongegangen. Bezirksleitung Linz der KPÖ (Opposition)

Aus der Opposition

Zentraler Diskussionsabend: Montag, 4. April, in Aumanns Gasthaus, XVI, Hasnerstraße 46, abends 7/8 Uhr. Bezirksorganisation Ottakring. Jeden Freitag im Gasthaus Fanowitz, XVI, Koppstraße 47, abends 7/8 Uhr.

Eigentümer: Kommunistische P. Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII, Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Schönbauer, Wien, XVII, Sautergasse 27. — Druck: Olvas, Wien, VII.

Arbeiterkulturband „Spartakus“

Sitz: XVI, Koppstraße 47, Gasthaus Fanowitz. Tel. U 30-6-58.

Jeden Freitag von 7/8 bis 10 Uhr abends.

27. März. Zusammenkunft 10 Uhr Endstation Mauer. Treffpunkt 3 Uhr, «Grüner Baum».

3. April. Zusammenkunft 10 Uhr Endstation Strobersdorf. Treffpunkt 1/3 Uhr in Hagenbrunn bei der Kirche.